

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA - finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 62.
Sitzung vom 19. April 2010 zum Thema: GSW Börsengang

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werter Kollege Müller!

Da können Sie jetzt hier erzählen, was Sie wollen, Ihr Handeln und auch der heutige Tag zeigen, die Zeiten, als Mieterschutz Kernkompetenz der SPD war, sind lange vorbei.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Die Privatisierung der GSW war und ist ein rot-rotes Projekt. Es war wie so manches Projekt Ihrer Regierungszeit ein kapitaler Fehler. Der heute anstehende Börsengang der GSW ist nur die Folge dieses wohnungspolitischen Sündenfalls. Wir haben Ihnen das damals vor sechs Jahren in der Debatte auch alles ins Stammbuch geschrieben. Die sinnleere Diskussion über die Frage, ob es nun schlimmer ist, dass ein Banker von Goldman Sachs der GSW die Renditeziele vorgibt, oder ob dies eine Aktionärsversammlung macht, überlasse ich gerne Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und Linkspartei!

Zu den Details des Vertrags hat Herr Dr. Heide – darauf muss ich deswegen nicht mehr eingehen – dankenswerterweise die wesentlichen Dinge gesagt. Wer das immer noch nicht glaubt und uns hier verkaufen will, der Börsengang macht die Dinge besser, der möge dann vielleicht mal die heutige Presseerklärung der Kleinaktionärsvertreter der Schutzgemeinschaft lesen, die das ähnlich sehen, wie ich das vorhin ausgeführt habe. Das ist nicht der Weg ins Paradies für die Mieter der GSW.

Die drängenden Fragen der sozialen Stadtentwicklung bleiben in beiden Fällen sowieso auf der Strecke. Die sind weder für Banker noch für Aktionäre entscheidungsrelevant. Deshalb, Herr Wowereit, gibt es für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen keinen Grund, Ihrer rot-roten Chaostruppe zu Hilfe zu eilen. Wir werden geschlossen gegen den Börsengang der GSW stimmen.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Herr Müller! Wir Grünen haben nie einen dogmatischen Kurs im Umgang mit der städtischen Wohnungswirtschaft verfolgt.

[Dr. Fritz Felgentreu (SPD): Nein, einen Schlingerkurs!]

Wir haben der Regierungskoalition mehr als ein Mal eine Verständigung darüber angeboten, wie wir einen Grundbestand an öffentlichem Wohnraum nachhaltig sichern können, der preiswerter ist als anderswo – was heute nicht der Fall ist – und der räumlich so in der Stadt verteilt ist, dass man damit keine sozialen Brennpunkte begünstigt – was heute auch nicht der Fall ist. Das ist keine einfache lösende Aufgabe, aber mit dem Etikett „staatlich“ und billiger Polemik, wie Sie sie vorhin gebracht haben, ist es auch nicht getan.

[Beifall bei den Grünen und der CDU – Michael Müller (SPD): Ihre Zitate!]

Wir haben in diesem Zusammenhang – und ich muss der Wahrheit zuliebe hinzufügen: auch die CDU – ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept des Senats gefordert und zugleich unsere konstruktive Mitarbeit angeboten. Leider erfolglos, denn Sie, meine Damen und Herren von Rot-Rot, haben sich bis heute geweigert, ein solches Konzept zu entwickeln, obwohl die Stadt es dringend braucht!

[Zuruf von Michael Müller (SPD)]

Der einzige Verbündete, den Sie deshalb heute noch haben, sind die Neoliberalen von der FDP, die ohnehin der Meinung sind, der Markt und die Börse seien Konzept genug.

[Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD]

SPD und Linke haben über Jahre den ungeregelten Ausverkauf von Beständen laufen lassen, mit dem die landeseigenen Gesellschaften ihre Bilanzlöcher stopften, bis wir von 400 000 auf die von Ihnen so gelobten 260 000 gekommen sind.

[Daniel Buchholz (SPD): Sie wollten einmal doppelt so viele verkaufen!]

Dann haben Sie ausgerechnet die GSW mit ihren gut diversifizierten Beständen an irgendwelche Heuschrecken vertickt. Sie und nicht wir! Danach haben Sie in das andere Extrem umgeschaltet – was Sie jetzt hier vorführen – und verkündet: Ab heute wird jede staatseigene Einzimmerwohnung bis auf das Blut gegen den neoliberalen Zugriff verteidigt.

[Gelächter bei der CDU und der FDP]

Und heute machen Sie die erneute Kehrtwende und verlangen von uns und den anderen Abgeordneten, dass wir den Börsengang einer ganz Stadt mit über 100 000 Mietern abnicken. Ich sage Ihnen: Einen solchen Schleuderkurs haben wir nicht mitgemacht und werden wir nicht mitmachen.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

So ein Kurs hat auch überhaupt nichts mit einem wohnungspolitischen Gesamtkonzept zu tun – ich sage es noch einmal –, in das soziale Überlegungen, Fragen der Stadtentwicklungspolitik und angesichts der von Ihnen finanziell ruinierten Wohnungsbaugesellschaften auch kaufmännische Erfordernisse sinnvoll eingehen müssen. Deshalb werden Sie bei uns heute keine Zustimmung finden. Wir möchten nicht das Schleudertrauma bekommen, das Herr Müller nach seiner Rede vermutlich erlitten hat.

[Heiterkeit bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Frau Matuschek! Sie werden gleich die verbalakrobatische Leistung allein vollbringen müssen, wonach der Börsengang der Deutschen Bahn geradewegs in das S-Bahnchaos führt, während der Börsengang der GSW die Lage der Mieter verbessert. Diesen Unsinn werden wir nicht nachplappern.

[Beifall bei den Grünen und der CDU – Heiterkeit bei den Grünen und der CDU]

Auch die geradezu halsbrecherische Behauptung – daran hat sich Herr Müller gerade versucht –, der Börsengang der GSW passe bestens zu Ihren Ankündigungen, die Sozialmieten deutlich unter den Mietspiegel zu senken, die Wasserbetriebe zurückzukaufen, die S-Bahn zu kommunalisieren, einen landeseigenen Energieversorger aufzubauen und überhaupt dem Kapital einmal richtig die Zähne zu zeigen,

[Vereinzelter Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei den Grünen und der CDU]

diese halsbrecherische Behauptung überlassen wir gern Ihnen ganz allein, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und den Linken.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Das fällt uns auch leicht, weil von Ihren Sonntagsreden nichts zu halten ist. Das Einzige, was Sie in neun Jahren Regierungszeit tatsächlich rekommunalisiert haben, sind die Immobilienfonds der ehemaligen Bankgesellschaft samt den daran hängenden Milliardenverlusten und ein CDO-Paket von J. P. Morgan, das der BVG einen Verlust von 160 Millionen Euro bescheren wird. Ich glaube Ihnen, dass Sie das lieber nicht getan hätten, aber andere relevante Fälle, bei denen von Ihnen Privateigentum in Eigentum des Landes Berlin überführt worden ist, sind mir aus neun Jahren Rot-Rot nicht bekannt. Praktisch betreiben Sie den Börsengang des Rechts auf Wohnen und Sozialisierung von Verlusten aus Bankgeschäften, verbal erfinden Sie alle 14 Tage eine neue Verstaatlichung, die dann nicht stattfindet.

Dafür führt der Schlingerkurs der Linken – raus aus dem Staatssozialismus, rein in den Staatssozialismus! – heute zu dem grotesken Schauspiel, dass einige Sozialdemokraten den Aufstand proben, derweil die Ideenspender sich längst in die Büsche geschlagen haben, dem Börsengang der GSW genauso ungerührt ihren Segen geben wie dem Verkauf der GSW vor sechs Jahren und gleichzeitig erklären, irgendwie sei das natürlich alles ein Fehler und gegen ihre echte Überzeugung. Die ganze Situation ist komplett gaga, verdreht und heuchlerisch, um nicht zu sagen: verlogen.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Da kann man nur hoffen, dass sich nachher in der Abstimmung doch noch ein paar Aufrechte aus dem Lager von Rot-Rot finden, die dieser Posse von Debatte wenigstens nachträglich einen Sinn und der Sache des Mieterschutzes den nötigen Ernst verleihen.

[Zuruf von Gernot Klemm (Linksfraktion)]

Denn natürlich sind Verkauf und Börsengang der GSW eine wohnungspolitische Bankrotterklärung. Die GSW hatte – das wissen wir alle – von allen landeseigenen Gesellschaften die vielfältigsten Bestände in Form unterschiedlichster Haustypen, Siedlungsformen und Baualtersklassen über die ganze Stadt verteilt. Das unterscheidet sie signifikant von den Plattenbaubeständen beispielsweise der HOWOGE oder der DEGEWO.

Deswegen hat uns der Verkauf der GSW von dem wohnungspolitischen Ziel entfernt, die erforderliche räumliche Verteilung des öffentlichen Wohnungsbestandes zu erreichen und in allen Bezirken Belegungsmöglichkeiten zu schaffen.

Herr Müller! Und dann haben Sie entgegen Ihrer Aussage von vorhin die 400 Millionen Euro auf Nimmerwiedersehen im Haushalt versickern lassen, anstatt sie zur Entschuldung der verbliebenen Wohnungsbaubestände zu verwenden, damit dort niedrigere Mieten möglich werden.

[Michael Müller (SPD): Die schreiben wenigstens schwarze Zahlen. Aber das haben Sie nicht mitbekommen!]

Das hat uns von dem Ziel entfernt, Mieten anbieten zu können, die unter dem Niveau des Mietspiegels liegen.

Das alles haben wir Ihnen in der Debatte um den Verkauf der GSW am 3. Juni 2004 hier im Abgeordnetenhaus gesagt. Wir haben gesagt: Ehe ihr verkauft, lasst uns doch mal gucken, welche Bestände in öffentlicher Hand sozial- und wohnungspolitisch besonders wichtig sind! Wir haben gefragt: Sollen diese Wohnungen eigentlich vor allem in den Plattenbauten des verbliebenen Sozialismus und den Großsiedlungen aus der Zeit der SPD-Kahlschlagsanierung in Westberlin liegen, auf dass der Wohnungsmarkt dorthin die Armut entsorgen kann, die aus den Innenstadtbezirken gedrängt wird? Oder müssen wir genau das vermeiden und die Bestände sogar umschichten? – Schließlich haben wir gesagt: Lasst uns doch erst mal rechnen, welche Verkaufserlöse nötig sind, um eine durchgreifende Entschuldung der Gesellschaften und damit niedrigere Mieten im verbleibenden Bestand zu ermöglichen!

Da haben Frau Oesterheld und ich monatelang mit unseren Bordmitteln gegessen, und in der Tat waren wir so ehrlich zu sagen: Dabei kann herauskommen, dass wir möglicherweise vor der Frage stehen, dass es besser ist, 180 000 Wohnungen mit niedrigeren sozialen Mieten für einkommensschwache Menschen zu haben als 240 000 Wohnungen mit teureren Mieten als anderswo oder mindestens so teuer.

Denn man steht vor der Frage – den Euro gibt es nicht zwei Mal –: Machen wir Entschuldungen über Verkäufe, oder machen wir Entschuldungen über Mietsteigerungen, wie Sie das jetzt machen?

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): An wen wollten Sie denn verkaufen, Herr Esser?]

In der jetzigen Situation werden die Wohnungsbaugesellschaften, ehe sie sozialpolitisch handlungsfähig sind, mindestens noch zehn Jahre alles nachvollziehen müssen, was am allgemeinen Markt passiert, um überhaupt wirtschaftlich tragfähig zu werden.

Das alles sind Fragen, die sich heute mit noch höherer Dringlichkeit stellen. Keine davon ist einfach zu beantworten, aber Sie haben sich in den gesamten sechs Jahren gar nicht erst um Antworten bemüht. Ihre Regierungszeit – ich bin am Ende – waren wohnungspolitisch verlorene Jahre. Es wird Zeit, dass die Berlinerinnen und Berliner eine Regierung bekommen, die unangenehme Fragen nicht länger ausweicht,

[Gelächter bei der SPD und der Linksfraktion]

eine Regierung, die die Probleme der Stadt nicht vor sich herschiebt, sondern anpackt.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]